



RESIST

Fostering Queer Feminist Intersectional Resistances against Transnational Anti-Gender Politics

MEDIENINFORMATION

vom 10. April 2024

Europaweites Forschungsprojekt zu „Anti-Gender“-Politik legt erste Ergebnisse vor

Wo und wie sich „Anti-Gender“-Politik in verschiedenen Ländern zeigt, ist Thema des europaweiten Forschungsprojekt RESIST, an dem die Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) beteiligt ist. Im Rahmen des vierjährigen Projektes wurden nun erste Ergebnisse veröffentlicht, die zeigen, wie Transgender-Rechte und LGBTIQ-Befürwortung international zur Zielscheibe der „Anti-Gender“-Politik geworden sind.

Die Studie ist die erste länderübergreifende Untersuchung, die „Anti-Gender“-Politik in Parlamenten, Medien und öffentlichen Kontroversen in einem europaweiten Kontext beleuchtet. In einem ersten Teilprojekt wurden 200 Parlamentsdebatten auf nationaler Ebene und über 2000 Zeitungsartikel aus 87 Medien in Ungarn, Polen, der Schweiz, dem Vereinigten Königreich und dem Europäischen Parlament im Zeitraum von 2015 bis 2023 untersucht. Die Forschungsergebnisse zeigen mehrere Muster, mit denen die Rechte von Frauen und LGBTIQ+ Personen in diesem Zeitraum in Frage gestellt wurden. In allen untersuchten Ländern zeigte sich, dass insbesondere die Rechte von trans Menschen und die Anerkennung von LGBTIQ+-Rechten durch regelmäßige politische Vorstöße oder parlamentarische Debatten in Frage gestellt wurden.

Der Medienwissenschaftler Prof. Gavan Titley, Leiter des Projekts an der Universität Maynooth in Irland sagte: „Unsere Forschung zeigt, dass ein intensiver Angriff auf LGBTIQ+ Menschen in ganz Europa vorangetrieben wird durch den Angriff auf die Idee des ‚Geschlechts‘ selbst. Die so genannte ‚Anti-Gender‘-Politik, mit der seit Jahrzehnten Feminismus und reproduktive Rechte angegriffen werden, ist dabei nicht statisch“, betont der Projektleiter. So komme es vor, dass jegliche Form von LGBTIQ+-Sichtbarkeit und -Befürwortung als ‚aggressiver Aktivismus‘ marginalisiert werde und behauptet wird, der ‚Mehrheitsbevölkerung‘ würden Ideen und Werte einer ‚Minderheit‘ aufgezwungen werden.

Die ersten Erkenntnisse sollen nun ermöglichen, in weiterführenden Studien zu erforschen, wie sich „Anti-Gender“-Politik auf Alltagserfahrungen, Meinungsfreiheit, akademische Freiheit, reproduktive Rechte sowie die Geschlechtervielfalt auswirkt. An der Europa-Universität Viadrina beschäftigt sich die Soziologin Dr. Latife Akyüz



RESIST

Fostering Queer Feminist Intersectional Resistances against Transnational Anti-Gender Politics

im Rahmen des Projektes mit der transnationalen Perspektive von Menschen, die aufgrund von Anti-Gender-Politik ihr Land verlassen mussten.

Hintergrund RESIST

Der Projektname RESIST steht für den Titel „Fostering Queer Feminist Intersectional Resistances against Transnational Anti-Gender Politics“. Gefördert durch das EU-Programm Horizon Europe sind neben der Europa-Universität Viadrina folgende Einrichtungen beteiligt: die Hochschule Luzern, das University College Dublin, die Edinburgh Napier University, die Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne, die Université de Lausanne, die Université de Fribourg, die Maynooth University, die Universität Pompeu Fabra und das Feminist Autonomous Centre for Research in Athen.

Weitere Informationen: <https://theresistproject.eu>

Weitere Informationen:
Europa-Universität Viadrina
Abteilung für Hochschulkommunikation
Tel.: +49 (0)335 - 5534 4515
presse@europa-uni.de
www.europa-uni.de



UNIVERSITÉ DE FRIBOURG
UNIVERSITÄT FREIBURG



Lucerne University of Applied Sciences and Arts

HOCHSCHULE
LUZERN



**Funded by
the European Union**

Funded by the European Union under Project ID 101060749.

EU Horizon Europe (EU partners); UK Government Horizon Europe Guarantee Scheme (UK partner); Swiss State Secretariat for Education, Research and Innovation (Swiss partners)

Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or British and Swiss funding authorities. Neither the European Union nor the granting authorities can be held responsible for them.